

Einbettung notwendig

Überlegungen zum „Preventing Violent Extremism“-Konzept

Philipp Hirsch | Nach jedem Terroranschlag stellen wir uns die Frage: Warum konnte die Tat nicht im Vorfeld verhindert werden? Prävention wäre eine Antwort darauf: das Risiko zu verringern, dass Einzelne zum Attentäter werden oder sich einer Terrorzelle anschließen. Unter dem von den Vereinten Nationen geprägten Begriff „Preventing Violent Extremism“ (PVE) wird dieser Ansatz in vielen Ländern verfolgt, um auf die strukturellen und individuellen Ursachen von politischer Gewalt einzuwirken. Während meines Kolleg-Jahres habe ich mich intensiv mit PVE beschäftigt, insbesondere im Nahen Osten und Nordafrika. Im Mittelpunkt steht die Idee, durch Maßnahmen jenseits der klassischen Sicherheitspolitik Extremismus zu bekämpfen und Radikalisierung zu verhindern. Es geht um sozial- und entwicklungspolitische Projekte anstelle von militärischem, polizeilichem oder nachrichtendienstlichem Vorgehen.

Radikalisierung in Gefängnissen

Ein weltweites Problem ist die Radikalisierung in Gefängnissen. Tunesien zum Beispiel – das Land, aus dem die meisten ausländischen Syrien-Kämpfer kommen – steht derzeit vor der schwierigen Aufgabe, präventive Maßnahmen zu entwickeln. So müsste jeder Gefängnisinsasse eingestuft werden, je nachdem, wie radikalisiert er schon ist und ob er als gewaltbereit gilt. Dann müsste entschieden werden, wie mit den verschiedenen Kategorien der Gefangenen umgegangen werden sollte. Psychosoziale Betreuungsangebote sind ein Ansatz. Dabei sollten nicht nur die Gefängnisinsassen betreut, sondern auch ihre Familien mit einbezogen werden. Denn nach der Entlassung kehren die Inhaftierten in ihr altes soziales Umfeld zurück und sind vielleicht wieder den gleichen Einflüssen ausgesetzt, die zu ihrer Radikalisierung geführt haben. Möglicherweise sollte auch das Gefängnispersonal besonders geschult werden.

Bei all diesen Fragen zur Ausgestaltung von Projekten muss die Gefängnisleitung immer abwägen zwischen der Notwendigkeit präventiver Arbeit und dem Gewährleisten der Sicherheit der eigenen Institution, was die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen erschwert. Beispiele für Präventionsarbeit in Gefängnissen gibt es weltweit; auch in Deutschland ist unter anderem das Violence Prevention Network seit mehreren Jahren aktiv. Allerdings müssen die jeweiligen Bedingungen vor Ort bedacht werden, die in Art und Umfang stark variieren können. Manche Länder haben Präventionsprogramme mit nur einigen Dutzend Gefängnisinsassen, in anderen werden Tausende als radikalisierunggefährdet betrachtet.

Extremismusprävention sollte aber nicht nur auf Projektarbeit verengt werden, sondern breiter aufgestellt werden. Nehmen wir nochmal das Beispiel Tunesien: Die dortigen Gefängnisse sind ständig überfüllt. Laut World Prison Brief wurden sie für 18 000 Menschen geplant, 2016 waren dort allerdings fast 24 000 inhaftiert. Das liegt unter anderem daran, dass in Tunesien Haftstrafen schon für kleinere Delikte verhängt werden; auch kann eine jahrelange Untersuchungshaft ohne richterliche Überprüfung angeordnet werden, und die tunesischen Gerichte sind oftmals überfordert. Dass überfüllte Zellen und ein dysfunktionales Rechtssystem Prävention erschweren, ist nicht überraschend. Übersehen wird dennoch oft, dass es auch politischer und administrativer Maßnahmen wie Gesetzesänderungen oder Verbesserungen des Justizvollzugs bedarf, damit Präventionsansätze überhaupt greifen können.

Online-Kampagnen gegen den IS müssen gut organisiert, die Botschaft klar formuliert sein

Propaganda im Internet

Ein zweites Beispiel, das die ganze Dimension von Preventing Violent Extremism aufzeigt, ist der Bereich der strategischen Kommunikation im Internet. Der so genannte Islamische Staat (IS) verbreitet seine gewaltverherrlichenden Botschaften über soziale Medien und erreicht damit viele Sympathisanten. Es gibt Versuche, dieser IS-Propaganda mit Onlinekampagnen entgegenzuwirken: Potenziellen IS-Anhängern sollen Alternativen aufgezeigt werden, die gewaltbereiten Organisationen den Nährboden entziehen und zugleich die Legitimität staatlicher Strukturen unterstreichen. Um Erfolg zu haben, muss eine solche Kampagne gut organisiert, die Zielgruppe klar identifiziert und die Botschaft entsprechend formuliert sein.

Aber auch hier muss man das Thema breiter denken. Eine Kommunikationskampagne läuft ins Leere, wenn staatliche Organe zugleich Menschenrechte verletzen und bei Antiterrormaßnahmen willkürlich agieren. Auch hier kann man Tunesien als Beispiel heranziehen: Amnesty International dokumentierte im Februar 2017 fast zwei Dutzend Fälle, in denen es unter den Notstandsgesetzen zu Folter oder anderen Menschenrechtsverletzungen bei Terrorverdächtigen kam. Solche Vorkommnisse spielen gewaltbereiten Extremisten in die Hände, die vorgeben, eine Alternative zur staatlichen Ordnung zu bieten, und sie erschweren die Bemühungen, Gruppierungen wie den IS zu delegitimieren.

Preventing Violent Extremism muss also eingebettet werden in den weiteren politischen Kontext. So hat das tunesische Parlament in der ersten Jahreshälfte 2017 eine Reform des Betäubungsmittelgesetzes beschlossen: Nach dem alten Gesetz führte bereits der Konsum geringer Mengen „weicher“ Drogen (z.B. Marihuana) zu einer Haftstrafe, was gerade junge Leute oft vorschnell ins Gefängnis brachte. Nun soll es einen größeren Ermessensspielraum geben, was positiv zu bewerten ist.

Um Gewalt bereits im Vorfeld zu verhindern, sind also oft viele einzelne, komplizierte Schritte zu tun und Fallstricke zu beachten. Auch benötigen PVE-Projekte forschungsbasierte Planung, die mit langfristigen Finanzierungs-

zusagen zusammenhängen. Prävention ist keine einfache Aufgabe, das Risiko des Scheiterns besteht letztlich immer. Aber wenn PVE gezielt und ganzheitlich gedacht wird, kann es einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Anschläge und politische Gewalt zu verhindern. • •

[Philipp Hirsch arbeitete in Tunesien, Jordanien und im Auswärtigen Amt in Berlin.](#)

Hat Terror ein Geschlecht?

Gewaltprävention und Gender-Perspektive im Libanon

Leila Ullrich | Wie kann man ein Problem angehen, das man nicht beim Namen nennen darf? Ziel meiner Mercator-Stage beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen im Libanon war die Integration einer Gender-Perspektive in die internationale Terrorismusprävention. Vor Ort angekommen, stellte sich allerdings schnell heraus, dass sowohl Gender als auch Terrorismusprävention nicht nur politisch hochsensible Begriffe sind. Mehr noch: Weder die libanesische Regierung noch internationale Organisationen oder die Geberländer wagen es, sie zu verwenden.

Beim Thema Gender verwunderte mich das nicht. In Sachen Geschlechtergerechtigkeit belegt der Libanon einen der hintersten Ränge: Platz 135 von

Frauen sind in der öffentlichen Darstellung von Terrorismus praktisch unsichtbar

144 laut einem Bericht des World Economic Forum. Von 128 Parlamentariern sind nur vier Frauen. Hinzu kommt, dass Frauen in der öffentlichen Darstellung von Terrorismus fast unsichtbar sind. Wenn Frauen hier überhaupt wahrgenommen werden,

dann dominieren zwei Bilder: die naive Frau, die einer terroristischen Gruppe beitrifft, um einen Dschihadisten zu heiraten, oder die verstörte Frau, die aus persönlichen Gründen eine Verzweiflungstat begeht („schwarze Witwen“). Dies verkennt, dass der Anteil von Frauen in terroristischen Organisationen gewachsen ist. Bei französischen Staatsbürgern, die sich dem IS angeschlossen haben, ist der Anteil der Frauen zwischen 2015 und 2016 beispielsweise von 10 auf 35 Prozent gestiegen. Zudem nehmen Frauen schon lange wichtige Rollen in Terrororganisationen ein – als Kämpferinnen, Rekrutierende, Spendensammlerinnen, Waffenschmugglerinnen und Spioninnen.

Aber warum ist der Begriff der Terrorismusprävention an sich schon so problematisch? Um das zu verstehen, muss man einen genaueren Blick auf die inneren Verhältnisse im Libanon werfen. Bei Terrorismus fällt vielen zunächst die Hisbollah ein, die so genannte Partei Gottes, die durch ihren Widerstand gegen die israelische Besatzung des Südlibanons international bekannt wurde. Während die USA, Kanada und Israel die gesamte Hisbollah als terroristische Organisation einstufen, unterscheidet die EU zwischen der politischen